

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag
20. August 1925

Berlin und Ausgabeabteilung:
Geschäftstag 3-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Justizministerium und Staatsanwaltschaft.

Erklärung des Ministeriums auf deutschnationale Angriffe.

Die nun schon hinlänglich bekannten Geldgeber der deutschnationalen Bureaus zur Verleumdung der Sozialdemokratie und zur Verwertung gestohlener Akten, die Bacmeister und Seppold, haben in der gestern Abend ausgegebenen Rechtspreffe eine Reihe neuer Beschuldigungen gegen das Justizministerium und gegen den Leiter der Berliner Kriminalpolizei erhoben.

Gegenüber dieser Beschuldigungen erhält der Amtliche Preussische Pressedienst vom preussischen Justizministerium folgende Erklärung:

Die wiederholte Behauptung, daß das Justizministerium in die Sachen Silarz, Barmat und Kutischer unter parteipolitischen Druck eingegriffen habe, sowie die Behauptung, daß die Neubestellung der staatsanwaltschaftlichen Sachbearbeiter für die Sache Kutischer nach Ausschleiden des Gerichtsassessors Caspary unter irgendwelchen illegalen Einflüssen gestanden habe, ist unrichtig. Die Bestellung dieser Sachbearbeiter ist nach dem übereinstimmenden Vorschlag der Generalstaatsanwälte beim Kammergericht und beim Landgericht I erfolgt. Ob die Angaben über telefonische und mündliche Gespräche von Staatsanwälten mit Kutischer richtig sind, ist dem Justizministerium nicht bekannt; es wird geprüft werden.

Es ist ferner unrichtig, daß Ministerialrat Kuhn bei seiner Erklärung gegenüber dem Untersuchungsausschuß des Landtages das Schlusgutachten über den Seltionsbefund des Dr. Höpfe planmäßig zurückgehalten habe. Ministerialrat Kuhn hat vielmehr in seinem Vortrag, den er in der ersten Sitzung des Untersuchungsausschusses als Regierungskommissar weisungsgemäß gehalten hat, nach dem stenographischen Protokoll (Sp. 25 ff.) eine kurze Uebersicht nicht bloß über den Inhalt der vorläufigen Gutachten der Obduzenten und des chemischen Sachverständigen, sondern auch über das Ergebnis, zu dem das Schlusgutachten hinsichtlich der objektiven Todesursache gelangt, gegeben und folgendes hinzugefügt:

„Ich habe nur über die objektive Todesursache vorgetragen und habe alles andere weggelassen. Ich bitte, nach dieser Richtung kein Mißverständnis aufkommen zu lassen. Ich habe mich jedes Urteils über die subjektive Todesursache enthalten. Ich habe auch das, was über die subjektive Todesursache in dem einen Gutachten enthalten ist, nicht vorgelesen. Ich glaube, damit auch den Wünschen der Mitglieder des Ausschusses entsprochen zu haben, weil die Ermittlungen nach dieser Richtung hin nicht abgeschlossen sind.“

Mit Rücksicht auf die Ausführungen des Abg. Dr. Bester habe ich noch einmal zur Vermeidung falscher Schlüsse hervor, daß die Ermittlungen über die subjektive Todesursache noch nicht abgeschlossen sind, vielmehr noch schweben.

Ministerialrat Kuhn hat auch den demnächst vernommenen Beamten der Staatsanwaltschaft vor ihrer Vernehmung durch den Untersuchungsausschuß nicht beschönigt, das Gutachten zu verschweigen. Die Sache verhält sich vielmehr so, daß den Beamten die nach dem Gesetz erforderliche Genehmigung zur Aussage bezüglich solcher Fragen nicht erteilt worden ist, die das schwebende Verfahren gegen Barmat und Genossen betreffen und daß weiterhin im Justizministerium beschlossen worden ist, daß, wenn etwa die Vernehmung dieser Zeugen sich, was nach dem Beschluß des Ausschusses über ihre Vernehmung nicht anzunehmen war und auch nicht eingetreten ist, auch auf andere schwebende Verfahren, insbesondere auf das Todesermittlungsverfahren, erstrecken sollte, dann die Aussagegenehmigung auch noch insoweit verweigert werden sollte.

Die Staatsanwaltschaft I.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Enthüllungen des „Vorwärts“ über die Staatsanwaltschaft I haben zugleich die überaus auffällige und beschämende Tatsache enthüllt, daß eine ihrem Wesen nach zur Aufklärung und Strafverfolgung bestimmte Behörde in ihrem eigenen Bereich und Wirkungsbereich von privater Seite selbst aufgefährt und von ihrem eigenen Hilfsorgan, der Kriminalpolizei, verfolgt werden muß. Das ist in der Geschichte der preussischen Justizverwaltung noch nicht dagewesen.

Es wäre zur Zeit der wilhelminischen Justizminister auch nicht möglich gewesen. Demals genügte bei der straffen Justiz in allen, insbesondere den politisch und bürokratisch organisierten Verwaltungen ein Stützpunkt des Vorgesetzten, um Entgehnungen zu verhindern. Wehe dem unglücklichen Staatsanwalt, der etwa unter Befehl es gewagt hätte, eine Aktion zu unternehmen, von der er nur annehmen konnte, daß sie „oben“ nicht genehm war. Er hätte sich andern Tags in Postemuel wiedergefunden. Denn die Staatsanwaltschaft ist keine unabhängige Behörde, sondern jeder ihrer Beamten ist zum unbedingten Gehorsam seinen Vorgesetzten gegenüber verpflichtet. Sie war in wilhelminischer Zeit gewissermaßen eine militärische Behörde. Als ich 1913 Assessor bei der Staatsanwaltschaft I war und wegen eines Entstellungsbefehles in einen Konflikt mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter geriet, mußte ich mir sagen lassen: „Sie haben sich zu fügen, wir sind hier ganz militärisch“, (worüber ich sobald als möglich abging, denn ich bin Antimilitarist). Der damalige Chef der Staatsanwaltschaft I, Oberstaatsanwalt Thersing, ein äußerst energischer Herr, sah seinen Beamten scharf auf die Finger und pochte genau auf, daß ihm nichts Wesentliches entging. Sein Vorzimmer war stets voll von Dezernenten, die außer zum Abteilungsleiter auch zu ihm zum Vortrag mußten, und wie oft bin ich leise schimpfend aus dem überfüllten Vorzimmer wieder zu meiner Arbeit fortgerannt, um es zu anderer Zeit neu

neuem — so manches Mal wieder erfolglos — zu versuchen.

Geht man von diesen historischen Tatsachen aus, so sind zweierlei Möglichkeiten: entweder es ist noch so wie früher — dann müssen die Handlungen der Staatsanwälte in den Barmat-, Kutischer-, Höpfe-Affären von den leitenden Beamten: Ober- und Generalstaatsanwalt gebilligt sein, und diese leitenden Beamten wären mitverantwortlich für ihre Untergebenen; oder aber die Aufsicht ist nicht mehr so scharf wie früher — dann haben diese leitenden Beamten, insbesondere der Chef, eben verlagert. In beiden Fällen aber müssen diese Aufsichtspersonen die Konsequenzen des verkehrten und Kegernis erregenden Verhaltens ihrer Untergebenen tragen, und man darf letztere nicht als Sündenböcke in die Wüste schieben.

Mit anderen Worten: Hier ist die Verantwortlichkeit der Chefs engagiert. Wer, wie ich, die Vorkriegszustände der Berliner Staatsanwaltschaften kennt, dem ist es ganz unverständlich, wie hier junge Dezernenten ohne genügende Aufsicht und Kontrolle auf Reisen geschickt, in die Luft losgelassen und auch sonst ganz selbständig vermandt werden konnten, nach dazu in Angelegenheiten, die dem Staatswohl abträglich waren.

In den Weihnacht- und Neujahrstagen haben Staatsanwälte und Richter mit Hochdruck gearbeitet, das ist bisher unerhört in der Geschichte der Justizverwaltung. Es muß überhaupt einmal gesagt werden, daß die Republik zu ihrem eigenen Schutz energischer darauf achten muß, daß nicht von ihren eigenen Beamten Verfahren eingeleitet werden, die ihrem Ansehen abträglich sind. Die Justizverwaltung ist gesetzlich berechtigt, die Staatsanwaltschaft im Staatsinteresse zu instruieren und von einem Verfahren abzuhalten. Hier hatte sie zu prüfen, ob es politisch zweckmäßig war, überhaupt ein Verfahren einzuleiten oder es über eine gewisse Grenze hinaus nicht auszubehnen.

Ueberhaupt muß man sagen, daß die Staatsanwaltschaft I wiederholt — im militärischen Sinne — „aufgefallen“ ist. Da war der Herr Zumbroich, beinahe Minister des seligen Kapp, jetzt wohlgeleiteter Staatsanwalt in Frankfurt am Main, da ist noch der vom „Vorwärts“ vor einigen Jahren so heftig befehdtete Abteilungsleiter Oberstaatsanwalt von Clausen, da war, wenn ich nicht irre, der Staatsanwalt Gutzjahr, da las man von einem „zweifelnden Staatsanwalt“ Duden, und da ist schließlich das Gros der Herren, die ihren dem republikanischen Richterbund angehörigen Kollegen so behandelten, daß er zu einem anderen Staat ging.

Alles in allem: bei der Staatsanwaltschaft I fehlt die energische Faust, die im Sinne der Republik Ordnung schafft.

Amtsgerichtsrat Dr. Scholz

Der Internationale Kongreß.

Vorbereitungen in Marseille.

Marseille, 20. August. (Eigener Drahtbericht.) In der ganzen Arbeiterschaft der Welt findet in diesen Tagen der Ruf Marseille einen besonderen Widerhall. Das Parlament der Arbeitervertreter aus der ganzen Welt tritt hier zu ersten Beratungen zusammen. Die Organisation eines solchen Kongresses setzt natürlich umfangreiche Vorbereitungen voraus. Unseren Parteifreunden in Marseille ist es unter großen Opfern gelungen, den gestellten Aufgaben voll gerecht zu werden. Sie vermochten die schwierigen organisatorischen Leistungen mit Unterfützung der in den Hauptämtern mit Sozialisten besetzten Stadtverwaltung zu allgemeiner Zufriedenheit zu erledigen. Selten dürfte es ein schöneres Tagungstotal geben, als es jetzt dem Internationalen Kongreß in der Marceller Stadthalle durch den zuständigen Magistrat zur Verfügung gestellt worden ist. In einem wunderbaren Park, unmittelbar an der Peripherie der Stadt gelegen, lenkt das große städtische Gebäude schon aus der Ferne die Aufmerksamkeit des fremden Besuchers auf sich. Heute schon grünen von den Zinnen des Daches die roten Fahnen, und vor dem Eingang des großen Parkes verkündet ein in drei Sprachen gehaltenes Transparent, wer hier zu ernster Arbeit versammelt ist.

Die eigentliche Tagung wird am Sonnabend nachmittag eröffnet. Schon ist ein großer Teil der Delegierten eingetroffen; der Hauptteil wird für Freitag erwartet. Die bereits anwesenden sind vorzüglich untergebracht. Restlos sind bereits die Vertreter der Exekutive versammelt. Sie trafen am Mittwoch nachmittag zur geschäftlichen Vorbereitung des Kongresses zusammen. Neben dem Sekretär des Bureau Friedrich Adler sah man Hermann Müller, Otto Wels und Crispian, Otto Bauer, Renaudel, Leon Blum, Henderson, de Brouère, Berger (Amerika) u. a. Auch aus Rumänien und Polen sind Vertreter erschienen.

Die Arbeit des Kongresses wird sich wahrscheinlich so vollziehen, daß die Vormittage den Kommissionsitzungen und nur die Nachmittage den Plenarberatungen gewidmet werden dürften.

Die französischen Schuldenverhandlungen.

Caillaux fährt nach London.

Paris, 20. August. (W.B.) Zur Reise Caillaux' nach London erfährt die Agentur Havas, daß Caillaux sich mehrere Tage in London aufhalten wird. Die Besprechungen werden sich aber nicht allein auf die interalliierten Schulden, sondern auch auf allerhand finanzielle und wirtschaftliche Einzelfragen erstrecken. Entgegen Presseveröffentlichungen ist mit der Möglichkeit einer baldigen Rückkehr der französischen Sachverständigen, die vor einiger Zeit in London waren, nicht zu rechnen. Uebrigens ist ein definitiver Beschluß bezüglich der Verhandlungen mit Amerika und der Persönlichkeiten, die mit der Führung dieser Verhandlungen beauftragt werden sollen, noch nicht gefaßt worden.

Vorderasiatische Konflikte.

Drusenaufstand und Mossulkonflikt.

Von Dr. Artashes Abeghian.

Durch den Aufstand der Drusen und infolge des Wiederauftauchens der Mossulfrage tritt der arabisch-vorderasiatische Orient wieder in den Vordergrund des allgemeinen Interesses.

Die Franzosen, die sich seit längerer Zeit in Marokko in einem schweren Konflikt mit den Rifleuten befinden, sind nun in einen zweiten Kolonialkonflikt geraten, dessen Schauplatz das Gebiet Hauran in Syrien ist. Die Schwierigkeiten sind hier so ernst, daß französische Truppen aus Beirut, die für Marokko bestimmt waren, nach Hauran abtransportiert werden mußten.

Painlevé hat vor kurzem vor Pressevertretern als Ursache des Syrerenaufstandes angegeben, daß in der Familie des Sultans Atsch, des Führers der Drusenstämme, ein Konflikt zwischen den franzosenfreundlichen Elementen und den Anhängern der Unabhängigkeit ausgebrochen sei, und daß eine zur Wiederherstellung der Ordnung entsandte Kolonne von bewaffneten Anständlichen umzingelt und angegriffen wurde. Diese Angaben sind offenbar einseitig. Schon die Tatsache, daß Syrien im Laufe der Jahre überhaupt nicht zur Ruhe kam, ist ein Beweis dafür, daß die Hauptursache auch des jetzt ausgebrochenen Konflikts in der imperialistischen Kolonialpolitik zu suchen ist. Die Völker des Orients, mögen sie auch noch so rückständig sein, wollen nicht gegen ihren Willen von Fremden regiert und wirtschaftlich ausgebeutet werden.

Seit 1861 gehört Syrien, namentlich das Küstenland Libanon, zu der Einflußsphäre Frankreichs. Auf der Konferenz von San Remo (1920) erhielt Frankreich das Mandat über dieses Land. Später wurde es als Bundesstaat organisiert und besteht jetzt aus den autonomen Staaten von Groß-Libanon mit dem Zentrum Beirut, ferner aus Aleppo, Damaskus und dem Drusenstaate Hauran. Dieser Staat, ein kleines Gebirgsland von etwa 10 000 Quadratkilometern Flächeninhalt und 100 000 Einwohnern, das sich südlich von Damaskus ausdehnt, ist der Schauplatz der gegenwärtigen Ereignisse in Syrien.

Das Schicksal Syriens und seiner Völker steht während der letzten Jahre unter dem Zeichen der Rivalität zwischen Frankreich, England und der Türkei einerseits und dem der inner-syrischen Feindseligkeiten andererseits.

Am Ende des Weltkrieges war Syrien von englischen Truppen besetzt. Erst nach längerem Auseinandergeraten mit England gelang es der französischen Diplomatie, ihre „historischen Rechte“ auf dieses Gebiet geltend zu machen. Nachdem die Engländer sich Palästina, Transjordanien und Mesopotamien gesichert hatten, zeigten sie sich geneigt, Syrien zu räumen und es den Franzosen zu übergeben. Bald darauf besetzten diese auch Kilikien mit der erstklassigen Hafenstadt Alexandrette.

Man kann indes nicht behaupten, daß die Rivalität Frankreichs und Englands auf syrischem Boden ein Ende gefunden hat. Die englische Diplomatie hegt immer noch den geheimen Wunsch, festen Fuß in Syrien zu fassen. Schon ein Blick auf die politische Karte macht die Bedeutung Syriens für das britische Weltreich klar. Dies um so mehr, als die Bagdad- und die Hedschasbahn, diese wichtigsten Verbindungslinien zu den englischen Einflußgebieten, durch Syrien laufen. Nicht umsonst werden von Zeit zu Zeit in Frankreich Stimmen laut, daß Syrien ein wunder Punkt am Leibe der französischen Kolonialmacht sei, den man sehr sorgsam behandeln müsse.

Syrien stellt andererseits ein Streitobjekt zwischen Frankreich und der Türkei dar. Um sich die Freundschaft der Türkei zu sichern und einen anti-britischen Machtfaktor an der Grenze Syriens zu schaffen, schloß der französische Gesandte Franklin Bouillon im Oktober 1921 mit der Angoraregierung einen Vertrag, kraft dessen bald darauf die Franzosen Kilikien räumten und es den Türken übergaben. Die Franzosen behielten nur die Hafenstadt Alexandrette und das Hinterland. Seitdem bildet die Bagdadbahn die Grenze zwischen Syrien und der Türkei. Diese erhebt jedoch weitere Ansprüche auf die nördlichen Grenzgebiete Syriens und verlangt fortdauernd die Revision der syrisch-türkischen Grenze. Unlängst reiste Franklin Bouillon wieder nach der Türkei, und es ist sehr wahrscheinlich, daß dabei ein neues Abkommen zustande gekommen ist. Um ihre Ziele in Syrien zu erreichen, verschmäht die Angoraregierung auch andere Mittel nicht, unter denen die Aufhebung der mohammedanischen Elemente Syriens gegen Frankreich eines der erfolgreichsten zu sein scheint.

Andererseits tun die französischen Befehlungsorgane das ihrige, um die Feindseligkeiten zwischen den verschiedenen Völkernschaften und Religionsgemeinschaften aufrechtzuerhalten und zu verschärfen. Die Losung: „Teile und herrsche!“ findet auch in Syrien Anwendung. Es kann freilich auch nicht in Abrede gestellt werden, daß die Franzosen im Laufe der Jahre für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des Landes viel geleistet haben. Ihr Einfluß stützt sich hauptsächlich auf die Maroniten, die christliche Grundbevölkerung Libanons, die seit 1861 eine Selbstverwaltung besitzt. Die Mohammedaner dagegen, namentlich die Drusen, die schon 1861 zum großen Teil die frühere Heimat im Libanon verlassen mußten, sind Frankreich feindlich gesinnt. Aber nicht nur die Drusen, auch die meisten Syrer sind freilich gesinnt. Lange Jahre haben sie gegen das türkische Joch und für die Selbständigkeit ihres Landes gekämpft. Die volle Freiheit und die Unabhängigkeit ist das Ziel, das die Syrer gegenwärtig anstreben.

Die **Rossfrage** stellt ein anderes Konfliktobjekt im nahen Orient dar. Hier sind England und die Türkei die streitenden Partner. Sie hatten die Entscheidung der Streitfrage dem Völkerbunde übertragen, der sie im September vorigen Jahres einer speziellen Kommission überwies. Diese hat vom Januar bis April dieses Jahres an Ort und Stelle die Angelegenheit studiert und vor kurzem die Ergebnisse ihrer Arbeiten in einem Bericht dem Völkerbunde unterbreitet, dessen Sekretariat ihn nun in Form eines Buches veröffentlicht hat. Die bevorstehende September-Session des Völkerbundes wird sich mit dieser Frage befassen.

Zugleich sind weder die Engländer noch die Türken mit den Schlussfolgerungen der Völkerbundskommission zufrieden. Die englische und namentlich die türkische Presse greifen den Bericht heftig an. Dieser lehnt nämlich den türkischen Vorschlag einer Volksabstimmung im Mossulgebiet ab. Andererseits aber hält er die Angliederung des strittigen Gebietes an das Irakgebiet nur in dem Falle für möglich, wenn es 25 Jahre unter dem Mandat des Völkerbundes bleibt und wenn die Kurden eine völlige Selbstverwaltung erhalten. Andernfalls sollte es der Türkei zurückgegeben werden. Sollte sich aber der Völkerbund für eine Teilung des Mossulgebietes entscheiden, so müsse die Grenze dem Flusslauf des kleinen Sab folgen, d. h. die Stadt Mossul und der größte Teil des Gebietes müsse der Türkei überlassen werden. Die englische Presse lehnt indes die Einmischung der Kommission in die politische Seite der Streitfrage ab, da dies nicht zu ihrer Aufgabe gehöre.

In der Tat ist die **Mossulfrage** höchst kompliziert und harret nach ihrer rationellen Lösung. Ethnographisch betrachtet ist das Mossulgebiet weder türkisch, noch arabisch-irakisch, sondern — wie auch die Völkerbundskommission feststellt — vorzugsweise **kurdisch**. Von der Gesamtbevölkerung, die auf 800 000 geschätzt wird, entfallen auf die Kurden nicht weniger als 500 000, während die Araber 160 000 und die Türken nur 40 000 zählen. Den Rest bilden Nestorianer, Juden u. a. Es handelt sich hier also hauptsächlich um die **kurdische Frage**, was meist vergessen wird, wenn man über die Mossulfrage spricht. Gerade weil das Mossulgebiet kurdisch ist, wollen die Türken es um jeden Preis wieder im Rahmen ihres Reiches haben, denn die Mehrzahl der Kurden lebt in den an Mossul angrenzenden Gebieten der Türkei: Diarbekir, Hakkari und Bitlis. Die Türken haben große Angst vor der Wiederaufröhrung der kurdischen Frage durch die Engländer. Diese haben immer die Gründung eines ganz oder halb unabhängigen kurdischen Staates begünstigt. Der Vertrag von Sevres setzt die Möglichkeit des autonomen Kurdistan voraus. Auch gegenwärtig haben die Engländer diesen Plan nicht aufgegeben. Der letzte Aufstand in Kurdistan war ein Beweis dafür, daß auch die Kurden die Selbständigkeit ihres Landes mit aller Kraft anstreben.

Es handelt sich also tatsächlich nicht allein um das kurdische Mossulgebiet in Mesopotamien, sondern auch um die benachbarten kurdischen Gebiete auf dem Territorium der Türkei, die leicht für sie verlorengehen würden, wenn das selbständige Kurdistan eine Tatsache wird. Die Gesamtzahl der Kurden ist keineswegs gering; sie beläuft sich auf circa 2 1/2 Millionen. Die Zukunft der Kurden und Kurdistan ist es, die die Türken beunruhigt. Vor einiger Zeit schrieb ein türkisches Blatt: „Mit der Lösung Mossuls von der Türkei wird das kurdische Element in zwei Teile geteilt, was auch an sich eine Gefahr für uns darstellt.“ Anlässlich des letzten Berichtes der Völkerbundskommission spricht die türkische Presse noch offener aus, daß sie das Mossulgebiet für sich verlangt, und daß andernfalls ein Krieg entscheiden müsse.

So gewinnt die **Mossulfrage** nicht nur unter dem Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Interessen (die Vorrage) und der strategischen Lage (die Bagdadbahn), sondern auch unter dem des Nationalitätenproblems in der Türkei eine eminent weltpolitische Bedeutung, die über den Rahmen Vorderasiens hinausreicht.

Der neue Schulgeist.

Erbauliches aus amtlichen Schulberichten.

Der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Bohner, selbst ein ehemaliger Magdeburger Lyzeum, erzählt in der „Bosfischen Zeitung“ über das antirepublikanische Treiben an den höheren Schulen Dinge, die selbst in unserer an Liebererfahrungen überfüllten Zeit zu überraschen geeignet sind.

Dieses Jahr, sagt Bohner, war am 11. August wohl überall geflaggt; es war ja ein deutschnationaler Innenminister, der die Beflaggung befohlen hatte. Die Republik stürzt nicht zusammen, wenn einmal die Flagge fehlt. Wenn aber ein Republikaner in dem festen Gefühl, daß ein großes Volk sich selbst in einem Sinnbild erkennen will, und daß daher die Republik überall dort ihre Fahnen zeigen muß, wo früher das Kaiserbild hing, die abfällige Nichtbeflaggung rügt und beim Landrat wegen der Beflaggung vorstellig wird, dann dürfen ihm jüngere, nichtangestellte Kollegen in Konferenzimmer ungestrahlt den Gruß verweigern. Einen Schuß findet er nicht.

Man wird am 11. August dieses Jahres in Beldorf wohl auch das Deutschlandlied gesungen haben. In früheren Jahren sang man an der dortigen höheren Schule nach dem Deutschlandlied nur: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?“ Das Deutschlandlied war ja durch Friedrich Ebert „verwehrt“. Die Dr.-Presse drang dann auf das Deutschlandlied. Immerhin, beim offiziellen Festsitzung anlässlich der Jubelfeier des Gymnasiums in Merseburg diesen Juli war sogar das Deutschlandlied die Nationalhymne; wenigstens wiederholte die Festkapelle es immer wieder.

Parteiliche Vereine sind den Schülern verboten. Das Ministerium wird keine Liste solcher Vereine zusammenstellen; es muß dies den einzelnen Instanzen überlassen bleiben. Aber man sagt sich an den Kopf, wenn man im Jahresbericht eines großen staatlichen Gymnasiums der Provinz Sachsen liest: „Auch anderwärts betätigen sich eine große Anzahl von Schülern in Vereinen, hauptsächlich sportlicher Art“, folgen 9 Sportclubs, Bismarckbund, Jungstahlhelm, Jungdeutscher Orden, Tiergärtnerverein. Kennt man die parteipolitische Tätigkeit des Jungdeutschen Ordens so wenig, oder ist es ein Ironiker, der ihn mit Absicht neben den Tiergärtnerverein stellt?

An der Oberrealschule in Weisenfels (Saale) gelten diese Vereine sogar als Schülervereine. Der eben ausgegebene gedruckte Jahresbericht verkündet:

„Aus dem Vereinsleben berichten die Obmänner der Schülervereine:

1. Die Deutsche Jungenschaft.
2. Adler und Falken.
3. Jungdo (Jungdeutscher Orden).
4. Wermolf.“

Was sagt der Direktor zu dem Jungdobericht? Nur ein Satz: „Wir beteiligten uns an sämtlichen „Deutschen Tagen in und um Weisenfels.“ Weiß er nichts von dem Charakter dieser mit Düsterberg-Hochs auf den Kaiser schließenden Deutschen Tage, lebt er in Mitteldeutschland und weiß nichts von dem Hiegrad des politischen Lebens in Mitteldeutschland? Den Wermolf hat die Behörde für Schüler verboten. In der Weisenfeler Oberrealschule berichtet der Obmann des Wermolfs:

„Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, neben anderen vaterländischen Tugenden Kameradschaftlichkeit, Gehorsam, Selbständigkeit, besonders auch den militärischen Geist in der Jugend wachzuhalten und zu pflegen. Zu diesem Zwecke fand allwöchentlich eine Nachübung und jeden Monat eine größere Uebung mehrerer Ortsgruppen statt. Um den Geist des Wermolfs ins Volk zu tragen, veranstalteten wir einen Werbeabend. Der Bund nahm an vielen auswärtigen und einheimischen vaterländischen Tagen teil.“

Man muß sich, so schließt Dr. Bohner seine Mitteilungen, über die Schülervereine an dieser Schule nicht wundern, wenn der Jahresbericht mehrfach auch sonst die Abneigung gegen die neue Zeit betont. Gemäß den Bestimmungen des Ministeriums existiert auch in Weisenfels ein

Schulausschuß zur Vorbereitung der Schulausgabenheiten. Kurz und bündig berichtet der Jahresbericht:

„Die neue Behörde, der Schulausschuß, hat für uns keine Bedeutung. Er wird sehr selten einberufen, die wichtigsten, die Schule betreffenden Maßnahmen werden ihm nicht vorgelegt, an die Beschlüsse, die er etwa faßt, ist niemand gebunden.“

Der Leser begreift: diesen Schulausschuß hat uns auch diese verstaubte Republik gebracht, aber wir hier pfeifen auf ihn. Und alles das wird in amtlichen Schulberichten gedruckt und auch republikanischen Eltern ins Haus geschickt.

Scheinkampf gegen die Teuerung.

Die Heuchelei der Regierung.

Die Nachrichten über die beabsichtigte Aufhebung der letzten noch bestehenden notwirtschaftlichen Verordnungen, darunter auch der Bestimmungen über die Preistreibererien und die Preisprüfungsstellen haben die Regierung zu einem tendenziösen Dementi veranlaßt. Das Reichskabinett behauptet, es habe selber zu den Vorlagen an den Reichsrat noch keine Stellung genommen. Es ist schon möglich, daß diese Angaben in dieser Form richtig sind. Damit ist aber noch gar nichts Positives über die Absichten der Reichsregierung gesagt. Tatsache ist, daß das Reichsministerium für Ernährung, seit Monaten auf die Befestigung aller wirtschaftlichen Notverordnungen hindrängt und unter gar keinen Umständen von einer Aufrechterhaltung der Preisprüfungsstellen etwas wissen will. Das Reichsministerium sieht seine Aufgabe nicht etwa darin, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen, sondern den parteipolitischen Auffassungen des Reichsministeriums und der deutschnationalen zum Durchbruch zu verhelfen. Die Organe der deutschen Landwirtschaft haben zwar eine marktstreiferische Reform organisiert, um die Schuld der ungeheuerlichen Preistreibererien, namentlich auf dem Fleischmarkt, so sich abzumägen und sie anderen, den Händlern und Fleischern, in die Schuhe zu schieben. Gleichzeitig unterstützen die Organe der Landwirtschaft aber alle Schritte des Ernährungsministers auf gänzliche Aufhebung der Preisprüfungsstellen. Offenbar rechnen die Herrschaften damit, daß dann ihre an den Säulen Berlins angeschlagenen vollkommen willkürlich zusammengestellten Zahlen, die ihre Schuldlosigkeit an der Fleischteuerung beweisen sollen, nicht so leicht mit amtlicher Autorität zu widerlegen sind. Durch diese Stellungnahme des deutschnationalen Reichsministeriums ist die Entscheidung des Reichskabinetts vorweg sichergestellt. Es kommt hinzu, daß die Auffassung des Ernährungsministeriums selbstverständlich den Gerichten, die in diesem Fall besonders hehrhörig sind, längst bekannt ist. Infolgedessen finden Beratungen durch die Gerichte auf Grund der strittigen Verordnungen überhaupt nicht mehr statt. Die Untersuchungen der Preisprüfungsstellen, die namentlich auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidenten die Schöneberger Stelle mit großer Gründlichkeit in die Hand genommen hat, sind deshalb von vornherein zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Ohne die Möglichkeit von Zwangsmahnahmen bleiben die Prüfungsstellen ein Heft ohne Klinge. Die bisherigen Untersuchungen haben bereits einwandfrei ergeben, daß eine mindestens 20prozentige Lieberteuerung der Kleinhandelsfleischpreise vorhanden ist, die wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen ist. Wenn die Regierung jetzt andeutet, als ob sie die Preisprüfungsstellen vielleicht doch noch am Leben lassen will, so ist das eitel Heuchelei. Sie selber hat dafür gesorgt, daß in Zukunft die Gefrierfleischzufuhr auf ein Minimum beschränkt wird, sie hat die Zollgesetzgebung durchgeführt, um die Preise hochzuhalten. Sie hat deshalb kein Recht, über die Folgen ihrer Politik zu jammern. Sie sollte lieber ehrlich sein und zugeben, daß die katastrophal sich entwickelnde Teuerung eine Folge ihrer bewußt auf Teuerung der Inlandspreise eingestellten Wirtschaftspolitik ist.

Die Schaumweindame von Koblenz.

Eine rheinische Denkmalskomödie.

In Koblenz am „Deutschen Eck“, wo Mosel und Rhein sich vermählen, steht das Riesendenkmal Wilhelms des Ersten. Mit seinen pompösen Quadern, esseltollen Ornamenten und herausfordernden Bölen ist es ein echtes Kind des bronzenen Höhenpolerniums, das ein Stück seiner Stegessolke an diesen heroischen Platz verprengte.

Nun aber befiel Koblenz ein zweites Denkmal. Und das wird, scheint es, viel berühmter werden als die kaiserliche Apotheose. Denn dieses neue Monument ist in feuchte weiße Wäsen gehüllt. Es ist ein verführerisches Bild unerhörter plastischer Sensationen, dessen Reize von Koblenzer Schupotempelwächtern behütet werden. Kurz, es ist ein Denkmal, das vielleicht nie von den Augen gewöhnlicher Lebender geschaut werden kann, und wie eine steinerne Legende steht es im festlichen Vorhofe der Reichsausstellung „Deutscher Wein“, die vor kurzem zu Koblenz eröffnet wurde. Es ist ein „deutsches Weindenkmal“. Die Vereinigten Weingutsbesitzer, G. m. b. H., schenken es der Stadt, auf daß es in Verbindung mit der Ausstellungseröffnung feierlich vor den geladenen Korporationen enthüllt werden sollte. In den vier Seiten eines mit beziehungsreichen Spruchbändern geschmückten mächtigen Blocks stehen vier symbolische Gestalten. Da ist der „Vater Rhein“, der den Rheinwein darstellt, die Venden von Nebstöden umgürtet. Da steht eine „mürrige, schlante, liebliche Jungfrau“, wie es in der Festschrift heißt, die den Moselwein kennzeichnet. Ein junger Bürsch — das ist der Jungwein — aber an der vierten Seite, da steht sie, die Schöne, die an allem schuld ist, die mit lässiger Hand selig das Gewand herabgleiten läßt, die verführerische **Schaumweindame**. Sie ist die Heldin der nun folgenden Komödie.

Die städtischen Behörden von Koblenz nahmen zuerst das Gedicht, ein Werk des begabten Rindener Bildhauers Henselmann, mit herzlichem Dank an. Der Oberbürgermeister Dr. Kuffell billigte begeistert alle Pläne, die ihm vorgelegt wurden. Zwei Koblenzer Stadtbauräte wurden nach München zur Begutachtung der Arbeit ins Atelier des Künstlers geschickt. Sie wurde offiziell abgenommen, nach Koblenz transportiert und bewundert, und man bereitete eine Enthüllung vor, die der Ausstellung Weihe, Würde und Glanz geben sollte. Das Denkmal wurde in dem amtlichen Führer gepriesen, mit reizenden Abbildungen auf Kunstdruckpapier, und die deutschen Zeitungen erhielten Mitteilungen von dem in Aussicht stehenden künstlerischen Ereignis. Doch — da kam der Umsturz. Die Geistlichkeit entdeckte „fittliche Gefahren“. Man wollte die Gläubigen der Diözesen vor dem Besuche der Ausstellung warnen, wenn die schlimme Schaumweindame mit solch frechen, spitzigen Brüsten auf die in alten rühmlichen Gebräuchen wohlvertrauten rheinischen Weintecunde herabgleiten dürfte. Eine Stadtverordnetenversammlung tritt an einem heißen Augusttage bis tief in die Nacht hinein um die plastischen Details und faßte mit einer Stimme Mehrheit den Beschluß, das Denkmal nicht zu enthüllen. Da stand es nun, im „Ehrenhof“, als die Ausstellungsgäste erschienen. Und so kam es, daß man von dem verhäßten Denkmal mehr sprach, als von der ganzen Ausstellung.

Aber nun entzündet sich der rheinische Volkszorn. Mehrere Male haben die Ausstellungsbesucher einen Sturm auf die weiße Leinwand unternommen und unter Huronengebrüll die Scham des deutschen Weindenkmals entblößt. Nun steht ein Fährlein Schupleute davor und droht den unbeugsamen Rheinländern mit der Waffe, falls sie es noch einmal wagen sollten. . . . Und die Ausstellungseröffnung richtet energische Briefe an die Schenker, den Stein der Anstößigkeiten sofort zu entfernen.

Aber Schlimmeres kann noch kommen! In einer in Koblenz verbreiteten Druckschrift wird die Verwallung auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die dadurch entsteht, daß das Blut der Rheinländer entsaft wird durch die Darbietung der guten Weine in den Wirtschaften des der Ausstellung angegliederten Weindorfes und daneben durch die Verkundung des Denkmals. . . . Ja, das rheinische Mädchen entkommt beim rheinischen Wein die Sinne auch dann, wenn es aus Stein ist! Und noch weiß niemand, ob diese rheinische Denkmalskomödie in Liebfrauenmilch oder in Draußenblut ertränkt werden wird.

Der Sieg der Revue.

Der Siegeslauf des jüngsten Kindes der Muse, der Revue, läßt sich nicht mehr aufhalten. Trotz aller Anfeindungen durch die Literarier, die den Geist vernichten, durch die Gemütsvollen, deren Herz leer bleibt, und durch die Moralisten, denen die Revue empörend pikant vorkommt. Sie haben alle recht, die Literarischen, die Gemütsvollen und die Moralisten, aber auch die Revuemacher. Ueber Verstand, Seele und bürgerliche Wohlstandigkeit haben die Sinne den Sieg errungen.

Vor dem Admiralspalast stauten sich die Automobile, und eine dicke Menschenmauer bildete sozusagen Spalier vor der Welt der Eleganz, die ins Theater promenierte. Berlin merkt, hier ist was los. Das ist auch ganz richtig. Die neue Haller-Revue „Achtung! Welle 303“ ist das Großartigste an Prachtentfaltung, was man in Berlin je gesehen hat. Nicht weniger als 60 Bilder haben Hermann Haller, Ribcamus und Willi Wolff zusammengestellt und durch eine lose Handlung miteinander verknüpft. Die pompöse Kostbarkeit der meisten dieser Bilder überwältigt. Eine prunkende Märchenwelt tut sich da auf: unjähliche Frauen, teils unbesorgt und freigeig die Schönheit ihrer Formen zeigend, teils mit verschämender Pracht gekleidet, Gefunfel blühender Steine, ein Duftmeer von Licht, Seide, Federn, Gold und Silber, und das alles von erstklassigem Geschmack. Wenn diese Revue ihren Weg macht, dann ist es das Verdienst der feinsinnigen Kunstgewerbetler Paul Leni, Marco Montedoro, Ladislaus Czettel, Giesmar, Brunelleschi, Eric, Dumont haben die leuchtenden Dekorationen, die reichen Vorhänge, die fleghaften Kostüme geschaffen. In der Sinfonie von Licht, Farbe und Glanz vergeht man gern, daß der Witz der Autoren diesmal nur beiseite tritt, daß mehr Aktualität von Nutzen wäre, daß die weiblichen Solorollen mit Alice Hech und Gerti Rutschgera für den Riesentraum nur unzureichend besetzt und daß die eingelegten Varietätennummern nicht immer die erstklassigsten sind. Endja Rogoul zum Beispiel hat nur zwei Vorzüge: Sie kommt angeblich aus dem Palacetheater in Paris und hat — wirklich mal

was Originelles — sich als Hauptkleidungsstück einen Brillanten in den Bauchnabel geklemmt. Sonst vollführt sie auf der Bühne wahnwitzige Sprünge, die nur ein Harnlöcher als Tanz auffassen kann. Das wird besonders deutlich, wenn man die unergieblichen Tiller-Girls sieht. Die Tiller-Girls sind Rhythmus, Schwung, Zartheit und Grazie. Die lechzigen Frauen schmeiden wie ein Körper über die Bühne. Eine prachtvolle Schule von Erachtlichkeit und Duft. Der nie verlegene Max Ehrlich führt ein Brillantenfeuerwerk nach neuesten Wigen vor und Kurt Lilien assistiert ihm dabei als toller Berliner Junge. Den besten Titel für die Revue hat Herr Haller Walter Brenne vorweggenommen. „Tausend süße Beine“ wäre ein treffenderer und schlagenderer Titel gewesen, als sein „Achtung! Welle 303“.

Moderne russische Bauerdichter. Die russische Kritik nimmt in steigendem Maße Stellung gegen eine größere Gruppe von Dichtern, die in ihren Arbeiten revolutionäre Gedanken zum Ausdruck bringen und ihren Mangel an Talent und Schulung durch Häufung revolutionärer Schlagworte und Betonung ihrer radikalen Gesinnung zu ersehen suchen. Sowohl die Theaterkritiker als auch die Buchkritiker beklagen diese Erscheinung. So sogar die Filmkritik beklagt sich darüber, daß für das Filmdrama eine Schablone entstanden sei, nach der immer wieder gearbeitet werde: auf der einen Seite wird die schwelgende und verderbte Bourgeoisie dargestellt, auf der anderen Seite das jugendliche strebende Proletariat, welches dann im letzten Akt den Sieg erringt. Soeben ist in Petersburg eine große Sammlung von Gedichten erschienen, deren Verfasser sämtlich Bauern aus verschiedenen Dörfern sind. In einem Vorwort hat der Verlag auch hier wiederum auf die agitatorische Kraft und revolutionäre Gesinnung der Dichter hingewiesen, welche die sprachlichen Unebenheiten und den Bildungsmangel der Verfasser gutmachen. In einer Kritik der „Pravda“ wird dem indessen energisch widersprochen. Der Kritiker erkennt die Gesinnung der verschiedenen Dichter als gut heilswirksam an, meint aber, daß die agitatorische Kraft dieser Verse, welche der Verlag so sehr herausstreicht, sich bedeutend mehr geltend machen würde, wenn sich auch künstlerische Kraft ihr zugesellt hätte. Man lebe doch jetzt nicht mehr im ersten Jahr der Revolution, und es liege kein Grund vor, sich am hilflosen Gestammel nur deswegen zu erfreuen, weil die betreffenden Verfasser überlicher Abstammung seien. Der ganze Gedichtband wirkt äußerst einseitig und die Verfasser hätten in künstlerischer Hinsicht noch sehr viel zu lernen. Auch mehrere dramatische Erzeugnisse von russischen Dichtern der allerneuesten Schule haben in letzter Zeit eine ähnlich scharfe Kritik erfahren.

Generalmusikdirektor **Georg Kriber**, der eingeladen war, in diesem Herbst einen Aufzug von 12 Konzerten in Buenos Aires zu dirigieren, konnte dem Ruf keine Folge geben, da er angeht der Aufgaben, die an der Staatsoper vorliegen, nicht abkömmlich war.

Erch Welsch spricht am Freitag, den 21. August, abends 8 Uhr, im „Neuen Schauspiel“, Augsburger Straße 33, über „Neue politische und unpolitische Satire“. Eintritt frei.

Das Operettenhaus am **Schiffbauerdamm** führt ab 1. September den Namen „Theater am Schiffbauerdamm“. Das Theater wird mit seinem neuen Namen mit dem Aufsatz „Lach, Lach und die Diensthofenfrage“ von Jerome K. Jerome im September eröffnet.

Kommunistischer Zerfall.

Die mitteldeutsche „Hochburg“ wankt.

Wie brachten vor einigen Tagen Mitteilungen aus dem kommunistischen Sumpf, die die Zerfallserscheinungen in der KPD in besonders trauriger Weise beleuchteten. Der Triumph bolschewistischer Kampftaktik war bekanntlich der Ueberfall des kommunistischen Redakteurs Wislow auf den Herausgeber des „Mitteldeutschen Echo“, den Stadtverordneten Kürbs, den er dabei mißhandelte, zu Boden warf und den fast Sechzigjährigen mit Fingerringen in den Unterleib regalierte. Der Sozialdemokratische Pressedienst erhält dazu folgende Zuschrift:

„Wie ich aus dem „Vorwärts“ ersehe, hat der Sozialdemokratische Pressedienst über den Streit, den ich als Herausgeber des „Mitteldeutschen Echo“ mit der Produktivgenossenschaft in Halle um die Unabhängigkeit meines Blattes führte, einen längeren Bericht gedruckt, der mehrere Ungenauigkeiten enthält, von denen ich wenigstens eine richtigstellen möchte. Unter anderem wird dort behauptet, ich sei aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Das trifft nicht zu, da ich noch niemals Mitglied der KPD gewesen bin. Worauf es mir ankommt, ist lediglich, das bisher von dem Redakteur Finkeleier geleitete Blatt dem Terror der kommunistischen Partei, die einen Druck auf die Produktivgenossenschaft ausübt, zu entreißen.“

ges. Carl Kürbs, Halle a. d. S.

Wir geben der Zuschrift gern Raum, da sie uns Gelegenheit gibt, einmal einen Blick in den kommunistischen Parteibetrieb zu werfen. Die KPD leidet bekanntlich Mangel an Mitgliedern, Verantwortungsgelühl, Intelligenz und vor allem an Geld. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der größte Teil der auf allen möglichen abstrusen Konferenzen als in wundervoller Blüte bezeichneten kommunistischen Parteianternehmungen sich in übler Lage befinden, da die früher reichlicher fließenden Aufwender abgedrosselt wurden, weil sowohl in der KPD-Zentrale als auch bei den provinziellen Unterstellen der KPD damit müßtesten Unfug getrieben worden war. So fehlt aus dem letzten Jahre in der KPD-Zentrale ein Beitrag, der allein an die hunderttausend Dollar heranreicht, die die 3. Internationale durch ihre Exekutive hatte überweisen lassen. Das Geld ist futsch, und die Partei quält sich tübellig mit dem Verschleiß der zur zurückgebliebenen Masse gehörigen unwerthbaren Waren ab. Zur „Zusammenballung“ der übriggebliebenen Kräfte hat die KPD nun bekanntlich die sog. „Peuwag“ gegründet, eine zur Papier- und Materialversorgung dienende Gesellschaft, die allen Eingeweihten als oberste Gründung bekannt ist, zu der man jedes noch einigermaßen gehende Parteigeld erst mit Gewalt zwingen mußte. Als letzte lehnte den Beitritt die halbesche Produktivgenossenschaft ab, in der früheren Erkenntnis, daß der Beitritt nichts anderes bedeute, als daß die Zentrale die letzten Groschen der mitteldeutschen Kommunisten restlos zu ihren dunklen Zwecken zur Verfügung habe. Alles Eirenenloden der Rosenbaum, Ruth Fischer, Schölem schweitere an der Abwehr der Geschäftsführer Kroh und Blötn er in Halle. Weiden ist es schlecht ergangen. Man läßt sie durch die Tschaka als die Verfasser der bislang an die SPD-Bresse gelangten Berichte verdächtigen. Blötn er hat die Flucht in die Konsumbewegung angetreten; Krohs Widerstand hat man dadurch ausgeschaltet, daß man zwei bekannte Kriecher aus Halle nach Berlin anforderte, wo sie in Krohs Umkleekabinette von den Fischer-Schölem beschauert und zur Abgabe der Beitrittserklärung zur notleidenden „Peuwag“ gequält wurden.

Rupprecht fürchtet sich vor Sängern.

Aus dem Reich französischer Bajonette in die Maschinen-gewehre der Rupertus-Republik.

In der königlich hayerischen Republik ist mit dem reinrossigen Hitler-Kummel der sogenante „nationale Gedanke“ keineswegs auch erloschen. Er belästigt sich vielmehr nach bujwarscher Art. Nicht mehr wie früher in einer stolzen Rirchweihbrauerei, sondern den „Zeichen der Zeit“ entsprechend, am „Deutschen Tag“ mit Ufingbumm und Trara, meistens unter Sicherung durch ein drohend in Stellung gebrachtes Schutzpolizeiaufgebot — gegen den „inneren Feind“. Das mußten kürzlich auch Arbeiter-sänger aus Mainz in dem äußerlich so friedlich anmutenden Maschinenbau erfahren.

Ueber das Ergebnis des Besuches dieser Sängere, die aus dem besetzten Gebiet kamen, um einer Einladung ihrer Wschaffenburg Sangesbrüder zu folgen, berichtet die demokratische „Frankfurter Zeitung“:

„Der Wschaffenburg Sonntag war längst für Zwecke reserviert, die mit dem besetzten Gebiet auch schon gar nichts zu tun haben. Ein nationalistisch aufgeregter Tag stand statt; Ring Rupprecht, der von Zeit zu Zeit eisenbe, völlig eigenwillig-leutliche Herr, war eingetroffen; der Stahlhelm aus Frankfurt und Darmstadt ließ es sich nicht nehmen, im Zuge mitzumarschieren und in den Straßen Wschaffenburgs zu paradien. Als aber die harmlosen Sangesbrüder aus Mainz am Bahnhof eintrafen, war ein Zug Landespolizei mit drei leichten Maschinengewehren aufmarschiert; der „königliche“ Stadtkommissar verbot ausdrücklich, mit Ruß durch die Stadt zu marschieren. Fünf Sicherheitsorgane umschwärmten dauernd den Vorstand des Wschaffenburg Vereins, der sich zur Begrüßung am Bahnhof eingefunden hatte. Die Boltschort-länger aus Mainz waren völlig verdutzt; sie hatten geglaubt, dem Anblick der französischen Uniformen zu entgehen und ins friedliche unbesetzte Deutschland zu fahren; nun zeigten ihnen die Maschinengewehre, wie wenig daran fehlte, daß man sie über den Haufen geschossen hätte. Als sie schüchtern die ungarische Stadt betreten hatten, schickte der Kommandeur der Landespolizei einige Leute auf den Bahnhof, um festzustellen, ob sie alle den Bahnhof verlassen hatten. So war eindeutig festgestellt, daß es ausschließlich Aufgabe der Landespolizei in Wschaffenburg ist, die nationalistischen Gäste und „Seine Majestät“ vor den „Angriffen“ republikanisch und staatsstreifig gestimmter Sängere aus dem besetzten Gebiet zu schützen.“

Ja — Arbeiter-sänger aus dem industriellen Norden oder vom Rhein, die kann ein echter Bayer nicht vertragen. Da regt sich sein durch eine stumpfsinnige Preßpolemik statt unter Dampf gehaltenes bujwarsches Blut. Das Land der „Fremdenlogis“, der Hotels und Pensionen kann zur Not noch das Trinkgeld jüdischer Bankiers vertragen, aber „Fabriker“ und Proleten — aus dem besetzten Gebiet? Her mit dem Maschinen-gewehr! Es lebe Rupertus rex!

Die Börse zu den Lohnkämpfen.

Die Börse eröffnete heute in freundlicher Verfassung. Dies war in der Hauptsache auf markttechnische Gründe zurückzuführen, denn es scheint jetzt die ernsthafteste Absicht zu bestehen, gegen säumige Eisenlieferanten energisch vorzugehen. Gegenüber diesen börsentechnischen Momenten spielten äußere Einflüsse kaum eine Rolle, so daß die umfangreichen Arbeiterkündigungen in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie (200 000 Mann für Anfang September) und die auch andernwärts entflammenden Lohnkämpfe wirkungslos blieben. Tägliche Geld 7½ bis 9, Monatsgeld 10½ bis 11½ Proz.

Die neue Funkausstellung.

Im Funkhaus am Kaiserdamm fand gestern eine Besprechung über die neue Funkausstellung, die Anfang September eröffnet werden soll, zwischen Vertretern des Berliner Messeamtes, der Presse und des Verbandes der Radioindustrie statt. Die Referenten führten ungefähr aus: Die Dezember-Ausstellung des vorigen Jahres war ein großer Erfolg, sie übertraf an Besucher- und Ausstellerzahl bei weitem die Veranstaltungen gleicher Art in New York und Chicago, und man erwartet auch von der neuen Ausstellung daselbe Resultat; bestimmt rechnet man damit, daß sie die Sensation des Herbstes werden wird. Vor allem verfolgt die neue Ausstellung den Zweck, das Absatzgebiet zu erweitern. Der Dezember-Ausstellung ist es zu verdanken, daß die Teilnehmerzahl des Rundfunks im Januar und Februar um 100 000 stieg. Schon damals beschloß man, in jedem Jahr eine große Ausstellung zu veranstalten als wirksamstes Propagandamittel. Allerdings bereitet die Art der Propaganda Schwierigkeiten. Die Ausstellung ist keine Schaustellung, sie soll die akustischen Wirkungen demonstrieren, eine sinnfällige Beziehung von Funkgerät und Wirkung herstellen. Die Vorträge, die bei der vorjährigen Ausstellung von Fachleuten gehalten wurden und besonders die Beziehungen des Rundfunks zu den kulturellen Gebieten betonten, fanden wenig Interesse und sollen deshalb in diesem Jahre fort. Als besserer Erfolg wird dafür die „Berliner Funkstunde“ in den Dienst der Ausstellung treten. Dem Besucher wird das ganze Mysterium der Funkangelegenheit enthüllt werden, vor seinen Augen werden Schauspieler und Sänger in die Aufnahmeapparate sprechen. Einen besonderen Anziehungspunkt wird auch diesmal die Ausstellung der Deutschen Reichspost bieten. Der Aufbau einer kompletten Sendestation mit Aufnahmeapparat, Verstärker, Sender usw. soll die Möglichkeit geben, den technischen Vorgang in seiner Arbeitsweise kennenzulernen. Außerdem wird die Reichspost ein Laboratorium einrichten, in dem der Besucher Gelegenheit findet, bestimmte Experimente selbst auszuführen und dadurch in den Geist der Funktechnik einzudringen. Für die Auführungen in dieser Zeit sind bereits Künstler wie Jadowker, Bronsgeest, Transk, Walbert und Senia Söneland engagiert.

Das starke Bedürfnis der Industrie für die Ausstellung zeigt sich darin, daß die gesamte Ausstellungsfläche, die dem Vorjahr gegenüber bedeutend vergrößert wurde, bereits seit Wochen vergeben ist.

Lungenfranke in Kellerwohnungen.

Kein Anlaß zum Wohnungswechsel.

Das ganze Wohnungselend Berlins und überhaupt der Großstädte illustrieren am deutlichsten die Kellerwohnungen, die meistens dunkel, feucht und im höchsten Grade gesundheitsschädlich sind. Gesunde Menschen müssen bei jahrelangem Wohnen in diesen Räumen unbedingt krank werden, und bei Leidenden bedeuten sie eine schnelle Abkürzung der Krankheit. Wenn heute auch der Wohnungsbeschaffung große Schwierigkeiten im Wege stehen, so müssen die Wohnungsämter unter allen Umständen Rücksicht auf Leidende nehmen und ihr langweiliges Verfahren nach bestem Willen abzukürzen suchen.

Sicherlich gibt es noch schlimmere Kellerwohnungen als die in der Juliusstraße 43 von Reußlin. Aber trotzdem dieser Keller, der sich Wohnung nennt, Schimmelpilzanlagen nur in bescheidener Zahl aufweisen kann, bleibt er für Kinder und Kranke eine todbringende Angelegenheit. Der Keller wird von einem Ehepaar mit einem vierjährigen Kinde bewohnt, er wurde vor fünf Jahren dem Ehepaar als vorübergehende Unterkunft angewiesen, aber nichts ist seitdem geschehen in der Beschaffung einer anderen Wohnung, und der Mann ist schwer lungenkrank. Immer wieder wurde er vertrieben. Inzwischen verschlimmerte sich seine Krankheit, ein weiterer Aufenthalt in dem Wohnkeller erwies sich als unmöglich; der Mann mußte seine Tätigkeit aufgeben und nach einem Krankenzugang von neun Wochen in die Lungenheilstätte Beelitz gehen. Nach vier Monaten wurde er entlassen, und der Chefarzt gab ihm eine Dringlichkeitsbescheinigung mit, daß er eine hygienisch einwandfreie Wohnung brauche, in anderen Falle würde die Kur nutzlos gemein sein. Ein neuer Antrag auf Wohnungszumessung an die Lungenfürsorge Reußlin wurde mit dem Bemerkten abgelehnt, daß kein Anlaß zum Wohnungswechsel vorläge, da das Lungenleiden noch nicht ansteckend sei. Eine mehr als merkwürdige Auffassung!

Der Mord in Germendorf.

Eine falsche Spur.

Bestern abend war das Gerücht verbreitet, daß der Mörder von Germendorf gefaßt sei. Dieses Gerücht hat sich leider nicht bestätigt. Es liegen ihm folgende Tatsachen zugrunde: In Kremmen hatte sich an einer versteckten Stelle im Gebüsch ein Mann anscheinend seiner Kleidung entledigt. Dieser Vorgang war von Leuten beobachtet worden, und eine entsprechende Meldung war der Mordkommission in Germendorf zugegangen. Die sofort angestellten Nachforschungen ergaben, daß der Mann aus dem Gebüsch in einer Herberge gesehen war und sich dort N. genannt hatte. Jetzt galt es, N. zu finden, und bald hatte man ihn in einem Wirtshaus entdeckt. Es stellte sich heraus, daß er gar nicht in der Herberge gewesen war, für die Tat nicht in Frage kommen konnte und der Mann aus dem Gebüsch zufällig den Namen N. angegeben hatte. Die Suche wurde fortgesetzt, und endlich gelang es, den Mann aus dem Gebüsch zu finden. Es ist ein Landstreicher, beim Fischen hatte er ein Hemd geschenkt erhalten und an der versteckten Stelle einen Wäschewechsel vorgenommen. Auch er kann nicht der Täter sein, da er ein einwandfreies Alibi beibringen konnte. Das Messer, mit dem Emil Bohmeyer erschlagen worden ist, ist ein sogenanntes Knider- oder Schalmesser, wie es zum Abschälen von Baumrinde gebraucht wird. Es hat auf beiden Seiten Holzgriffe, von denen der eine gelodert ist. Es sieht nach nicht feil, ob dieses Messer Eigentum des Ermordeten war, oder ob es der Mörder bei sich gehabt hat. Daß es die Mordwaffe war, geht daraus hervor, daß die Scharten der Klinge an den Schädelknochen entsprechende Verletzungen zurückgelassen haben. Die Nachforschungen der Mordkommission werden unermüßlich fortgesetzt.

Der Landjäger als Ruhestörer.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Ich lag mit meiner Frau und mit meinem einjährigen Kind vergangenem Donnerstag zur Erholung am Ufer der Lödnitz. Auf den Lödnitzwiesen suchten und finden tausende Großstädter täglich Erholung durch Sonnen-, Luft- und Wasserbäder. Die Wiesen, welche einen kurzen Grasbestand haben, sind Privatbesitz. Kein Schild, kein Hinweis macht darauf aufmerksam, daß der Aufenthalt hier nicht gestattet ist.

Gegen 4 Uhr des genannten Tages — ich war gerade mit meinem Badboot die Lödnitz entlang gefahren, während meine Frau die Landschaft fotografierte und mein Kind im Wagen schlief — erliefen auf der die Wiese umgebenden Böschung der Landjäger Wenzel aus Erkner, Wilhelmstraße. Mit donnernder Stimme schrie er meine Frau an: „Hören Sie mal, wissen Sie, daß Sie sich strafbar gemacht haben?“ Da weder meine Frau noch ich ahnten, daß der Beamte uns meinte, antwortete keiner von uns. Der Beamte wiederholte darauf die Frage nochmal und noch lauter. Wir verneinten nun seine Frage und boten um Aufklärung.

Ich stieg inzwischen aus meinem Boot aus. Auch mein Anblick, wie ich als Schwertriebsbeschädigter auf einem Bein (mein anderes Bein habe ich für daselbe Material und gequillt, dessen Beamter mich hier in unerhörter Weise behandelt!) verurliche, zu dem rabaumachenden Landjäger zu hopfen, madge seinen Eindruck auf den Beamten; er befahl uns in dreifachen Tamari wie bisher, sofort die Wiese zu räumen. Meine Einwände, ich doch

täglich und gegenwärtig hunderte und Sonntags noch größere Menschenmassen an derselben Stelle lagern, daß weiter die Wiese Privatbesitz und durch keinerlei Aushang kenntlich gemacht sei, daß das Betreten verboten ist und daß noch niemand etwas dazu gesagt habe, fruchtete bei diesem Hüter der Gehege nichts. Er bestand auf der Ausführung seines Befehls“. Da ich mit Vernunftgründen diesem Unmündigen nicht befehlen konnte, mußte ich mich seiner Macht fügen und ging an, immer noch auf meinem einjährigen Kind, meine Sachen in das Boot zu packen, was naturgemäß nicht so schnell ging. Der Landjäger ging schließlich weiter, lehrte aber um; sein Ton hatte sich merklich gebessert: „Na, Herrschaften, Sie haben ja noch nicht geräumt“, worauf ich ihm erwiderte, daß ich doch beim Einpacken sei und er doch wohl einsehen müßte, daß ich mich nicht schneller bewegen könne. Hierauf vertief er wieder in den früheren überlauten Kasernenhohn und verlangte von meiner Frau und mir die Personalien. Ein Herr, der durch den von dem Landjäger verurachteten Spektakel herbeigekommen war, bot ihm, auf mich als Schwertriebsbeschädigten etwas Rücksicht nehmen zu wollen; auch er wurde angebrüllt und mit scharfem Blick von oben bis unten gemessen. Als der Herr nun seinerseits diesen Blick erwiderte, fühlte sich der Landjäger bedroht und zog seinen Revolver, entzündete ihn und legte auf den Herrn an. Nunmehr mußten wir, da der Landjäger uns sonst verhafsten wollte, unsere Adressen angeben, was auch bereitwillig geschah. Ich konnte nicht umhin, dem Landjäger zu sagen, daß er eine „Heldentat“ vollbracht habe.

Wenn es schon fraglich ist, ob der Landjäger verpflichtet und berechtigt war, die im Privatbesitz befindlichen Wiesen vor dem Betreten „Unbefugter“ zu schützen, so hätte er doch mindestens seine Anweisungen in einer Form vorbringen können, die weder dem Schwertriebsbeschädigten noch auch die anderen Beteiligten so sehr verletzte. Das Anschlagen der Dienstwaffe auf friedliche Ausflügler ist ein Mißbrauch der Dienstgewalt, mit dem sich die vorgelegte Behörde des Landjägers zu beschäftigen haben wird.

Wo bleibt das Gefrierfleisch?

Mangelhafte Kontrolle der Behörden.

In den letzten Tagen war wiederum festzustellen, daß trotz reger Nachfrage nur geringe Mengen von Gefrierfleisch in den Ladenfleischereien zu haben waren. Diese Erscheinung machte sich angefaßt der fortwährenden Preissteigerungen für Inlandsfleisch um so unangenehmer bemerkbar. Seitens der zuständigen Ministerien wurde uns mitgeteilt, daß nach Ansicht der Behörden Gefrierfleisch offenbar in großen Mengen zurückgehalten wird. Die Einfuhren in den beiden letzten Monaten waren stärker als im Mai, doch habe man den Verdacht, daß bei weitem nicht soviel Ware in den Kleinhandel gelangt, als nötig und vor allem möglich wäre. Trotz alledem sind bestimmte Angaben nach dieser Richtung nicht zu machen, da statistische Unterlagen weder im Reichsernährungsministerium noch an anderen Stellen vorhanden sind. Da nach Ansicht von Fachleuten jedoch mit einem Preisnachlaß für deutsches Fleisch in naher Zukunft nicht zu rechnen ist, wäre es Aufgabe der mit der Einfuhr von Gefrierfleisch betrauten Stellen, dafür zu sorgen, daß dieses billige Fleisch nach Möglichkeit nicht in die Kühlhäuser, sondern in den Kleinhandel zum Verkauf gelangt.

Immer wieder Brandstiftungen.

Zum dritten Male innerhalb weniger Tage.

Die Brandstiftungen häufen sich in der letzten Zeit wieder in erschreckendem Maße. Zum dritten Male innerhalb weniger Tage stand in der Ullerstraße in Neußlin ein Dachstuhl in Flammen. In allen Fällen ergab sich zweifelsfrei Brandstiftung als Ursache. Leider kommen den Brandstiftern die Bodenverhältnisse in der Großstadt sehr zu statten. Allerlei Hausgerümpel und die ausgetrockneten Holzverschläge geben ein leichtbrennbares Material her, an dem die angelegten Brände reiche Nahrung finden. Sie verursachen nicht nur den Hausbesitzern, sondern auch den Bewohnern der oberen Etagen großen Schaden, so daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verlußt werden muß, den Brandstiftern das Handwerk zu legen. Ganz merkwürdigerweise treten die Dachstuhlbrände immer zum Ausgang des Sommers zu auf.

Heute früh um 6 Uhr stand der ausgedehnte Dachstuhl des Gebäudes Aker- und Hermannstraße in hellen Flammen. Brandstifter hatten die Bodenräume an allen Ecken und Enden angezündet; das Feuer fand an dem Bodengerümpel der Hausbewohner und an den Brettererschlägen der Bodenkammern so reichliche Nahrung, daß die Feuerwehr Mittelfeuer an alle Wachen melden ließ. Branddirektor Podszied ließ sofort mit fünf Schlauchleitungen über die vollständig verquälten Treppen und über mechanische Leitern vorgehen. Erst nach geraumer Zeit gelang die Ablösung des Brandes. Die Wohnungen der oberen Geschosse haben durch Wasser stark gelitten. Von dem Brandstifter fehlt jede Spur.

Der Film „Schmiede“ wird zurzeit täglich vor ausverkauftem Hause in den Siedm. Lichtspielen in Koabit, Stromstraße, gegeben. Da der Film für die arbeitende Bevölkerung von größtem Interesse ist, weil er gewerkschaftliche und soziale Forderungen betrieht, ist der Besuch des Films „Schmiede“ jedem zu empfehlen.

Schwere Unwetterchäden im Bayerischen Wald.

Der Waldbestand im Bayerischen Wald, einer der prächtigsten und urwäldigsten der deutschen Waldwirtschaft, hat, wie sich erst jetzt herausstellt, infolge der letzten Unwetter fürchterlich gelitten. Annähernd 200 000 Kubikmeter Holz, darunter die schönsten Bestände, sind von dem Orkan gelodert oder entwurzelt worden. Schrecklich hat der Orkan in Klingenbrunn gehauft. Die ganze Gegend bietet ein Bild der Zerstörung. Nach einer vorläufigen Schätzung sind dort 150 000 Kubikmeter Holz vom Sturm gefaßt worden. Zu einer wahren Katastrophe hat sich der Sturm in der Umgegend von Holzstücken ausgebreitet. Dort liegen 100-jährige Baumriesen in einem unübersehbaren Wirrwarr durcheinander. Raschleute schätzen den hier vernichteten Baumbestand auf 60 000 Kubikmeter. Während der Unwetterkatastrophe kamen auch mehrfach Brände zum Ausbruch, die durch Blitzschlag hervorgerufen waren und auch Menschenleben forderten.

Brand der Ausstellung in Grenoble.

„Zeit Parisien“ meldet aus Grenoble, daß gestern abend 11 Uhr in der Grenobler Ausstellung durch Blitzschlag Feuer ausbrach, das rasch großen Umfang annahm. Ein Teil der Stände der Forstabteilung und zwei weitere Paläste stiegen in Flammen. Der Schaden beläuft sich nach Habas auf mehrere Millionen, nach dem „New-Yorker Herald“ auf 10 Millionen Francs. Nach einer weiteren Meldung ist es gegen 11½ Uhr nachts gelungen, das Feuer einzudämmen. Der Ausstellungsraum für Fremdenverkehr und der Transportplatz sind vollkommen vernichtet. Es standen darin besonders Flugzeuge, Automobile, elektrische Apparate, Seibenerzeugnisse aus Lyon und eine Sammlung von Fellen für die Handshuhmacherei. Die angefallene Unterjochung bestatigte, daß es sich um einen Blitz handelt, der in einem elektrischen Transformator eingeschlagen ist und das Zeltdach in Brand setzte.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

19. Kreis Penzance: Freitag, den 21. August, 7½ Uhr, Kreisabteilungsversammlung bei Wier, „Lütisches Ziel“, Breitenstraße 11.
Ausgastalteten, Bremeraner Berg: Freitag 8 Uhr im Jugendheim, Pannitzer Straße 43 (Kastanien) Vortrag des Genossen Otto Koch: „Der deutsche Arbeiter in der Internationale.“

